

Ausgabe
4/ Juli
2002

U.S.T.A.

magazin



Für Fehler und Schrift haftet der Stift

Seit ein paar Tagen ist es amtlich: Punks haben auf dem Kronenplatz nichts mehr zu suchen. Gründe? Schnell gefunden. „Verschmutzen von Straßen“, „übermäßiger Alkoholgenuss“, „Beschimpfen, Pöbeln...“ und „demonstratives urinieren und koten in der Öffentlichkeit“. Das ist ja allerhand. Gnädigerweise bekommt Punk aber für 'nen Arztbesuch eine Ausnahmegenehmigung.

Außerdem wurde die Brunnenanlage als Kloake benutzt und das soll unterbunden werden. Sicher, ich finde es auch viel besser, wenn nur Hunde in den städtischen Brunnen baden, denn die „urinieren“ dort ja bestimmt nicht. Da fällt mir ein, warum hat die Stadt es nicht erst mal mit Punkkötteltüten probiert? Man hätte doch einen super Automaten am Kronenplatz aufstellen können, aus dem man für 10 cent solch eine Punkkötteltüte ziehen kann. Dann müsste mensch nur noch dem Punk hinterherlaufen und den Dreck fein säuberlich wegmachen. Was für eine tolle Welt das wäre.

Das spannendste an der Geschichte ist allerdings die Definition des (all-)gemeinen Punks: „Gemeinsames Ziel von Angehörigen der Punkszene ist u.a. eine zeitlich und inhaltlich koordinierte Provokation der Gesellschaft. Die Angehörigen der Punkszene verstehen sich als Subkultur unserer Gesellschaft. Dies bringen sie durch ihr äußeres Erscheinungsbild wie auffällige Kleidung ... und typischen farbigen Punkfrisuren zum Ausdruck.“ Na zum Glück ist Lola da schnell genug gerannt.

Im Zuge dieser Stadtsäuberungsmaßnahme beantrage ich jetzt mal das Mensainenhofverbot für Studierende. Eine dämlichere Begründung als „Ihr sollt doch lernen, nicht herumlungern!“ fällt mir im Moment nur nicht ein. Ausnahmegenehmigungen aus Gründen der Nahrungseinnahme sind im UStAbüro abzuholen.

Was mich noch beschäftigt, ist wo die Punks jetzt hinsollen. Vom Europaplatz sollen sie schon vor einer ganzen Weile vertrieben worden sein. Was schlägt die Stadt Karlsruhe denn da vor? Wie wäre es mit dem Marktplatz, dann könnte man sie auch gleich mit der webcam überwachen oder vor das badische Staatstheater. Am besten wäre es natürlich, sie per Sonderzug nach Hannover zu verfrachten, dann wären sie auch rechtzeitig zu den nächsten Chaostagen vor Ort. Wie praktisch.

Und die Moral: Probleme braucht man nicht lösen solange man sie umverteilen kann.

(jw)

Editorial: Das Sonder-Umag „Sommerfest“

Dieses UStA-Magazin in unmittelbarer Folge zum letzten „richtigen“ Umag verknüpft einige lose Enden, die vor den Semesterferien noch geklärt sein sollten. Schliesslich ist das Sommersemester nun vorbei und einige glückliche Studis fahren in den wohlverdienten Urlaub, während die leidende Mehrheit sich mit Klausuren herumzuschlagen hat.

Diese kurze Sonderausgabe hat aber noch einen weiteren Zweck: Wir möchten uns bei Euch für die tolle Mithilfe und Unterstützung beim Sommerfest bedanken! Einige von Euch haben dabei bewiesen, dass man auch übermüdet und nach vielen Stunden Arbeit noch Spass an der Fest-Organisation haben kann!

Ausserdem stehen Wahlen an. Wir haben dafür versucht, möglichst objektiv die Bildungspolitik der Parteien zu ergründen. Natürlich sind die Wahlprogramme aber nicht allein ausschlaggebend, Wahlversprechen werden bekanntlich nicht immer (...) eingehalten. Die Landespolitik (und damit Bildungspolitik) hier zeigt, dass die Tendenz der CDU und der 1,8%-Partei FDP eher in Richtung Selbstbestimmung geht - Selbstbestimmung der Studis, wofür sie Gebühren zahlen möchten, Selbstbestimmung der Unis, wofür sie das Geld einsparen. Schavan, Pieper, Pfister und wie sie sonst heissen mögen vergessen in ihren Konzepten hoffentlich nicht, dass auch Studis ohne tiefe Taschen („500 Euro ab dem 1. Semester“, wir berichteten) einen Anspruch auf Bildung haben. Nicht besser sind da die gebührenpolitischen Instrumente der SPD- und Grün-regierten Länder - in Düsseldorf werden Studis' Gebühren von Clement als Stöpsel für die Landeshaushaltslöcher verwendet, anderswo heissen die Studiengebühren Studienkonten, das „Re-Branding“ hat man sich wohl bei der Wirtschaft abgeschaut. Wenigstens die studentische Interessenvertretung ist in diesen Ländern noch effektiv möglich. Und bei der PDS ist es eher unklar, ob man ihr den „Benefit of the doubt“ bezüglich ihrem Wahlprogramm geben sollte - in Berlin haben sie sich bildungspolitisch auch nicht konsequent für Studierende eingesetzt - sie hatten allerdings auch noch keine Chance, Wahlversprechen zu brechen. Aber nicht Trübsal blasen, gerade jetzt sollte das gesamtpolitisch „kleinere Übel“ gewählt werden - welche Farbe das jetzt ist, muss aber jeder und jede selbst entscheiden.

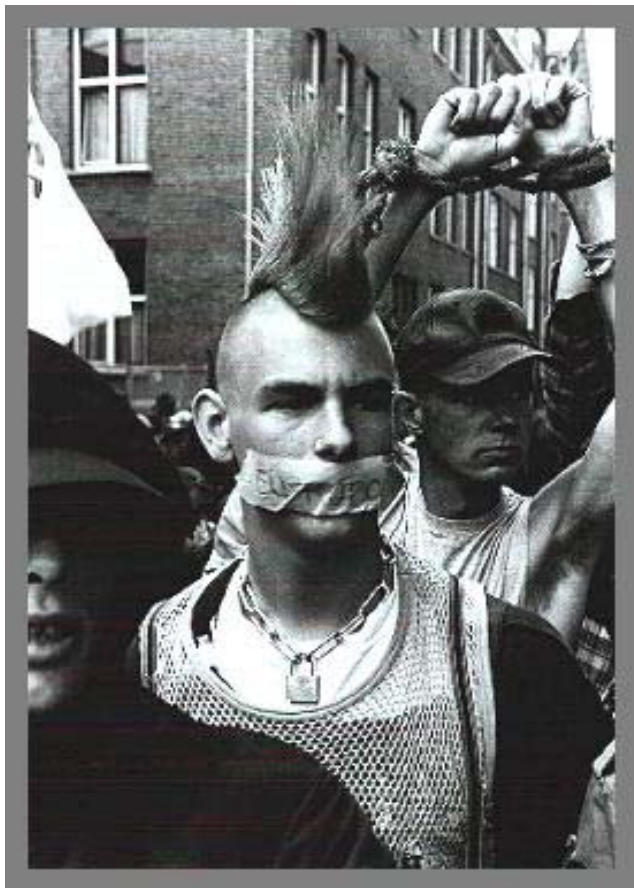
Die Entstehung dieses Heftes wurde ermöglicht durch Anno und Micha. Danke!

(mc)

Stadt Karlsruhe räumt auf

Ex-Steffi/Aufenthaltsverbot für Punks

Am 13.05.02 erhielten die Bewohner der Schwarzwaldstr. 79, auch „Ex-Steffi“ genannt, einen Brief von der Stadt Karlsruhe, in dem mitgeteilt wurde, dass das Haus im September 2003 geräumt werden müsse. Eine Verlängerung des bestehenden Nutzungsvertrages sei auf keinen Fall mehr möglich, da man mit potentiellen Käufern, die „konkrete Bauabsichten haben, in aussichtsreichen Verhandlungen stehe“. Ebenso wie die Räume der Ex-Steffi werden drei weitere Häuser in der Schwarzwaldstrasse, in denen private Künstlergalerien untergebracht sind, geräumt. Gerüchten zufolge soll das gesamte Viertel dem Erdboden gleichgemacht und ein weiteres Einkaufszentrum gebaut werden.



Fakt ist jedoch, dass mit der Räumung des Hauses der Ex-Steffi ein wichtiger Teil der Karlsruher Sozial- und Kulturlandschaft verloren ginge. So finden dort regelmäßig nichtkommerzielle Konzerte, Kulturveranstaltungen und politische Treffen (wie z.B. die Bar der roten Antifa Karlsruhe) statt.

In einer multikulturellen Gesellschaft, die sich auf ihre Fahnen schreibt, sie sei offen für andere Meinungen, hat auch die linke Szene ihre Existenzberechtigung! Anscheinend sieht man das im Karlsruher Rathaus anders.

Weiterer Punkt der Aufräumaktion: in einer amtlichen Bekanntmachung erlässt die Stadt ein Betretungs- und Aufenthaltsverbot auf dem Kronenplatz für Personen, die der „Punk-Szene“ zuzurechnen sind. Es wird auch erklärt, was denn das für Personen seien: man erkenne sie „durch ihr äußeres Erscheinungsbild wie auffällige Kleidung, [...] und typische farbige Punkfrisuren [...]. Bürgerliche Konventionen und Umgangsformen sowie Ethik- und Moralbegriffe lehnen sie ab. Natürliche Pietät und Schamempfinden werden bewusst verletzt.“ Folgende Verhaltensweisen seien häufig zu beobachten: „Alkoholgenuss in der Öffentlichkeit“, „Beschimpfen, Anpöbeln, Beleidigen, Anspucken, Beschmutzen und Bedrohen von Passanten“ sowie „gruppenweises Lagern und Sitzen an zentralen Orten der Innenstadt“. Bei Missachtung des Aufenthaltsverbot werden Strafen bis zu 1000 Euro fällig.

Lieber Herr Oberbürgermeister Fenrich, wir kennen noch mehr Dinge, die das Bild unserer schönen Stadt verschandeln und baldmöglichst aus der Innenstadt verbannt werden müssen: stinkende Würstchenbuden, Obdachlose, Ratten und Hunde, Kneipenheimgänger, Straßenmusikanten, Menschen in hässlichen Jogginghosen und Woolworthklamotten, grimmig dreinschauende Polizisten, Straßenbahnen, grölende Fussballfans und natürlich rechte Demonstranten.

Danke!

(sz)

Inhalt:

- 3: Stadt Karlsruhe räumt auf
- 4: Schade eigentlich
- 4: Unifest: Nachschlag und Appetizer
- 8: Die Programme der Parteien
- 11: Die Qual der Wahl
- 12: Kurz notiert und Termine, Impressum

Schade eigentlich

Eine Publikation hat sich nun doch des Unifestes angenommen - vorwiegend kritisiert wurde der finanzielle Aspekt, das Sommerfest hätte einen zu grossen Verlust verursacht. Aber wie es schon Jahrzehnte Brauch war, soll das Uni-Winterfest mit seinem Gewinn das Uni-Sommerfest finanzieren. Gewinn vom Winterfest und Verlust vom Sommerfest gleichen sich bis auf ungefähr 200 Euro aus. Ausserdem ist es als UStA auch eine unserer wichtigsten Aufgaben, neben der politischen Arbeit auch Kulturförderung zu betreiben, insbesondere bei regionalen oder noch unbekanntem Bands. Und Kultur kostet nun einmal Geld.

Nächster Punkt: die Fehleranalyse beim UStA, warum „zu wenige“ Menschen beim Unifest waren. Immerhin circa 17.500 Besucherinnen und Besucher waren im Laufe des Tages am Campus, wie bei jedem Uni-Sommerfest wurde es aber erst gegen Abend richtig voll. Weiterhin lässt sich auf einer Campusveranstaltung das Mitbringen von eigenen Getränken nur schlecht verhindern. Ausserdem fand - wie schon richtig erkannt - das SWR3-Fest am ZKM gleichzeitig statt.

Weiterhin greift die Publikation die Schaffung zweier UStA-Arbeitskreise an (siehe letzte Seite). Wir bedauern, dass thematische Arbeit von Freiwilligen den Autoren nicht förderungswillig erscheint, die ohne die Einrichtung als UStA-AK nicht möglich wäre. Seit Jahren bedauern auch die Autoren der genannten Publikation das mangelnde studentische Engagement. Dass sie dieses nun verhindern wollen, überrascht uns. Interessant ist auch der Umgang mit Kooperationsbereitschaft - jedes Entgegenkommen von Seiten des UStA wird als „Einknicken“ gewertet. Bezeichnend auch, dass man sich offenbar selbst nicht ernstnimmt - die eigenen politischen Ausführungen werden als „Karikatur“ bezeichnet. Wir behalten uns dennoch vor, ernstzunehmende, konstruktive und sinnvolle (!) Kritik aufzunehmen.

Es ist schade, dass durch politische Engstirnigkeit versucht wird, der Arbeit des UStAs Schaden zuzufügen. Wir hätten auch gerne auf diese Stellungnahme verzichtet und die Zeit lieber im Sinne der Unabhängigen Studierendenschaft (u.a. zur Vorbereitung des Uni-Winterfestes im nächsten Semester) genutzt.

(mc)

Unifest - Nachschlag und Appetizer

Es war Mitte April, der neue UStA gerade gewählt und das Festkomitee hatte sich zusammen gefunden, ein Unisommerfest zu veranstalten und es sollte gut werden, gross und laut.

Nachdem es im letzten Sommer leider kein Unifest gab, mussten wir auf die FestorganisatorInnen und FesthelferInnen der vorvergangenen Feste zurückgreifen (grosser Dank ans AKK!) und durchstöberten die alten Ordner.

Nach 4-monatiger Planung war es dann soweit: der 29.6. war da und alles hat sich gelohnt! Wir haben ein 12stündiges Unifest auf die Beine gestellt, die Stimmung war bombig, die Bands heizten kräftig ein, das Bier lief in Strömen, die Gäste kamen zahlreich und wollten auch um 5:00h noch nicht heimgehen, die Polizei und die Feuerwehr waren da, wie sich das für ein richtiges Fest gehört, und natürlich, wenn man 2 MeteorologInnen im UStA hat, wie wäre es da anders möglich: die Sonne schien.

Nachdem nun - 3 Wochen danach - immer noch keine einzige ernstzunehmende Kritik laut geworden

ist, kann man daraus zweierlei schließen: Entweder war niemand da (aber wo ist dann das ganze Bier hin?) oder - was ja auch viel näher liegt - das Unifest war Spitze! Deshalb an dieser Stelle noch mal ein ganz grosses Dankeschön an alle HelferInnen, an die Fachschaften, das AKK, Z10 und natürlich an das Festkomitee (inklusive aller teilnehmenden UStA-ReferentInnen).

Ein besonderer Dank gilt den sogenannten „36ern“, die sich teilweise sehr spontan gefunden und nicht nur 36 Stunden mitgeholfen haben.

Wer also auch mal wissen will, was das Festkomitee denn nun so macht, neue Ideen einbringen möchte oder aber einfach Spass daran hat, etwas zu organisieren, ist herzlich eingeladen, sich bei der Planung des Winterfestes 2003 zu beteiligen oder einfach beim Fest mitzuhelfen. Das nächste Festkomitee-Treffen ist in der ersten Vorlesungswoche geplant - näheres findet ihr rechtzeitig auf unserer Homepage oder in unserem Newsletter.

Eure Sabine (sk)



Panta Rei



Suit Yourself



Die Elenden



Rantanplan



Besucherinnen und Besucher auf der „Festwiese“ im Forum



Disko im Festsaal

Die Qual der Wahl

Schröder oder doch lieber Stoiber?

Freitag Abend, 22 Uhr, auf einer Party: „Was wählst Du denn am 22. September?“ Eine sehr direkte Frage, aber eine gute.

Während ich über die Antwort nachdenke, zünde ich mir guten Gewissens eine Zigarette an und unterstütze so die Finanzierung des „Maßnahmepakets zur Bekämpfung des Terrorismus“ - nur eines der vielen Dinge, derer sich die Bundesregierung auf ihrer Homepage (www.bundesregierung.de) rühmt. Als erster Punkt findet sich dort die Steuerreform: der Eingangssteuersatz wurde von 25,9% auf 19,9%, der Höchststeuersatz von 53% auf 48,5% gesenkt und die Körperschaftssteuer einheitlich auf 25% festgesetzt. Schön, so was hört man doch gern! Doch die CDU verriet mir, dass die Steuer- und Abgabenlast der Bürger inzwischen bei 56,6% des Bruttoeinkommens liegt - 1,5 % mehr als beim Regierungswechsel 1998. Und wie war das mit der Ökosteuer?



Nach der dritten Stufe ist der Preis für einen Liter Benzin deswegen insgesamt um 21 Pfennig gestiegen. Wie gut, dass ich kein Auto habe, sage ich mir, dafür aber einen Job. Und das bei 4,3 Millionen Arbeitslosen Anfang 2002 - erstmals seit 1964 über dem europäischen Durchschnitt. Aus diesem Grunde gibt es ja das Bündnis für Arbeit (auch „Bündnis der Modernisierer“, „Kernstück des Regierungshandelns“), in dem acht Regierungs-; je vier Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertreter und diverse Arbeitsgruppen sich gemeinsam für mehr Arbeit die Köpfe zerbrechen. Ergebnisse lassen jedoch leider noch auf sich warten.

Im Gegensatz dazu hat sich jedoch einiges beim Bafög geändert: die maximale Förderung ist um 10% und der durchschnittliche Betrag um 110 DM gestiegen. Insgesamt stehen jährlich 1,3 Milliarden DM mehr zur Förderung von Schülern und Studenten bereit. Außerdem gibt es seit dem 1. April 2001 die Möglichkeit, einen sogenannten Bildungskredit zu erhalten, welcher maximal 24 Monate je einen Kredit i.H.v. 300 Euro gewährt - und das zu einem besonders günstigen Zinssatz der deutschen Ausgleichsbank.

Mit der Steigerung auf 8,39 Milliarden Euro erreicht der Haushalt 2002 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung den höchsten Stand aller Zeiten. Doch ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein; statt der versprochenen Verdoppelung der Mittel entspricht dies nur einer Steigerung um etwa ein Fünftel. Aber immerhin: es ist etwas passiert.

„Bloß nicht Stoiber!“ sagt die Freundin, die mir die Frage zur Qual der Wahl gestellt hat. Kann eine Person meine Wahl so beeinflussen? Sollte sie es? Mehr als Achselzucken kriege dazu ich nicht heraus; aber schämen brauche ich mich deswegen wohl nicht: selten fiel den Deutschen die Wahlentscheidung so schwer wie diesmal.

Aber: fangt an, Euch eine Meinung zu bilden! Am 22. September morgens beim Frühstück ist es wohl zu spät.

Und egal, ob ihr jetzt schon lange wisst, wen ihr wählt oder ob ihr noch nachdenken müsst; ob ihr rot, grün, schwarz, gelb oder meinetwegen auch lila-orange-gestreift wählt - geht wählen!

(sz)

Die Programme der Parteien

Wir haben für euch die Wahlprogramme der einzelnen Parteien im Hinblick auf die hochschulpolitischen Aussagen durchgesehen und wollen im folgenden einen Überblick geben, was sich die Parteien in der Bildungspolitik auf die Fahnen geschrieben haben. Um euch eine Abhandlung in Buchform zu ersparen (und uns die Druckkosten dafür ;-)), haben wir uns dabei auf einige Themen konzentriert, die wir als besonders wichtig ansehen, oder die besonders kontrovers sind.

Zunächst eine kleine Übersicht über diese Themen:

Föderalismus

Bildung und damit auch die Hochschulen sind zunächst Ländersache, der Bund gibt mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) jedoch einen äußeren Rahmen vor. Umstritten ist dabei, wie weit der Bund die Entscheidungsfreiheit der Länder dabei einschränken darf. Ein gutes Beispiel ist hier die laufende Debatte über das Studiengebührenverbot, dass mit der 6. HRG-Novelle in das Gesetz aufgenommen werden soll.

BAföG

Ausreichend oder nicht? Elternunabhängig? Als Kredit oder ohne Rückzahlung? Völlig neu gestalten oder nur die Beträge anpassen? - Dies sind nur einige Fragen, die sich zum Thema BAföG stellen.

Studiengebühren

Gerade anlässlich der aktuellen Diskussionen in Nordrhein-Westfalen und CHE-Überlegungen zu Studiengebühren ein aktuelles und wichtiges Thema.

Studentische Mitbestimmung/ Verfasste Studierendenschaft/ Politisches Mandat

Gerade für uns in Baden-Württemberg ist die anlässlich der 6. HRG-Novelle wieder aufgeflamte Diskussion über die verfasste Studierendenschaft und ihr politisches Mandat natürlich sehr bedeutsam.

Dienstrechtsreform/ Juniorprofessuren

Wird die Habilitation abgeschafft? Werden sich die Juniorprofessuren durchsetzen? Wie wird sich der

wissenschaftliche Mittelbau verändern? - Die mit der 5. HRG-Novelle beschlossenen Veränderungen sind noch lange nicht so sicher und fest, wie Frau Bulmahn uns glauben machen will - das Bundesverfassungsgericht und die Wahl im September werden darüber entscheiden.

Zu diesen Punkten haben wir nun Statements in den Programmen der (im Bundestag vertretenen) Parteien gesucht. Diese sind zwar selten wirklich deutlich (schließlich könnte man ja nach der Wahl daran erinnert werden), geben aber zumindestens einen Eindruck, was in den nächsten Jahren auf einen zu kommen könnte. Wir haben uns dabei bemüht, die unterschiedlichen Konzepte möglichst sachlich und wertfrei darzustellen. Mag für den einen die Forderung nach Studiengebühren ein Grund sein, die betreffende Partei nicht zu wählen, ist es anderen wahrscheinlich egal und mancher findet es sogar unterstützenswert. Im diesem Sinne: Bild dir DEINE Meinung.

Die Parteien sind alphabetisch geordnet (CDU, FDP, Grüne, SPD, PDS).

CDU/CSU
(<http://www.cdu.de>)



Quellen:

[1] „Leistung und Sicherheit - Zeit für Taten - Regierungsprogramm 2002/2006“ (<http://www.cdu.de/regierungsprogramm/>) sehr knapp, viele Statements kopiert aus [2]

[2] „Aufbruch in die lernende Gesellschaft - Bildungspolitische Leitsätze“ (<http://www.cdu.de/projekt21/bildung/beschluss.htm>)

[3] Sehr interessant ist auch der Abschnitt „Politik A-Z“ der Webseite.

Föderalismus: „Wir wollen die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im HRG zugunsten der Länder und des Wettbewerbs entflechten.“ (S.19,[1]) Die Union tritt klar für eine Verschlinkung des HRG ein und möchte den Ländern mehr Spielraum bei ihrer Hochschulpolitik geben (einschließlich Studiengebühren u.ä.).

BAföG: Die CDU tritt für eine „angemessene Erhöhung der BAföG-Freibeträge und „Fördersätze“ (S. 38, [2]) ein. Die Bedeutung von „angemessen“ könnte sich je nach Umfang des Bundeshaushaltes än-

dern ;-)

Studiengebühren: „Eine ernsthafte Debatte über neue Wege der Bildungsfinanzierung muss BAföG, Bildungssparen, Bildungsdarlehen, Gebühren [...] einbeziehen.“ (S.19,[1]) Ein klares Bekenntnis zu Studiengebühren, allerdings mehr als „kann“ denn als „muss“ formuliert.

Studentische Mitbestimmung: „Als ‚Kundinnen‘ und ‚Kunden‘ der Hochschule haben die Studierenden ein Recht auf Qualität und Leistung“ (S.33, [2]) Wie sie das durchsetzen sollen, wird leider nicht erwähnt.

Dienstrecht: „Die Fehler des rot-grünen Hochschuldienstrechts, vor allem die faktische Abschaffung der Habilitation, werden wir korrigieren.“ (S.18,[1]) Das ist deutlich. Die Position zu den Juniorprofessuren wird leider nicht so klar formuliert.

Sonstiges: Die ZVS soll abgeschafft werden, dafür sollen die Hochschulen mehr Selbstauswahl betreiben (können).

FDP (<http://www.fdp.de>)



Quellen:

[4] „Bürgerprogramm 2002 - Programm der FDP zur Bundestagswahl 2002“ (<http://www.fdp-bundesverband.de/buergerprog.phtml>)

Föderalismus: „[...] das HRG [...] überarbeiten mit dem Ziel, die Hochschulautonomie zu erweitern, [...]. Der Verzicht auf Regelungen des Bundes [...] darf nicht zu einer Zunahme der Regelungen der Bundesländer führen.“ (S.41,[4]) Auch die FDP möchte das HRG verschlanken, allerdings zu Gunsten der Hochschulen und weniger der Länder.

BAföG: -nichts-

Studiengebühren: „Das System der Bildungsgutscheine garantiert ein gebührenfreies Erststudium. Daher lehnt die FDP die Einführung von allgemeinen Studiengebühren zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab.“ (S.43,[4]) Die FDP spricht sich also deutlich gegen Studiengebühren für das Erststudium aus, allerdings aus praktischen und nicht ideologischen Gründen, also eine leicht revidierbare Entscheidung. Wer genau wissen will, was das „System der Bildungsgutscheine“ ist, sollte es selbst an angegebener Stelle nachlesen, dafür fehlt hier leider der Platz. Langzeitstudiengebühren werden nicht erwähnt, sind z.B. in Baden-Württemberg mit FDP-Regierungsbeteiligung eingeführt worden.

Studentische Mitbestimmung: -nichts-

Dienstrecht: „Die FDP begrüßt die Einführung des

Juniorprofessors. Zugleich erkennt sie an, dass verschiedene Fachkulturen [...] nicht auf die Habilitation verzichten wollen.“ (S.41,[4]) Die vollständige Abschaffung der Habilitation scheint die FDP wie die CDU abzulehnen. Sie spricht sich aber deutlich für einen Nebeneinander der Systeme aus.

Sonstiges: Auch die FDP will die ZVS abschaffen und Selbstauswahl durch die Hochschulen fördern.



Grüne (<http://www.gruene.de>)

Quellen:

[5] „Grün wirkt! - Unser Wahlprogramm 2002-2006“ (http://www.gruene-partei.de/rsvgn/rs_rubrik/0,,654,00.htm)

Föderalismus: kein Statement zum HRG, nur folgender Satz „Wir setzen uns [...] für eine stärkere Moderatorenrolle des Bundes in Fragen der vorschulischen und schulischen Bildung ein“ (S.51,[5]), zusätzlich wird die Kultusministerkonferenz kritisiert. Allgemein kann man bei den Grünen eine stärkere Betonung der Rolle des Bundes ausmachen.

BAföG: „Das neugeregelte BAföG ermöglicht wieder mehr Menschen, ein Studium aufzunehmen.“ (S.49,[5]), „[Kontext: Reform des BAföG] Eine zeitgemäße Studienfinanzierung muss noch stärker elternunabhängige Anteile enthalten“ (S.53,[5]) Die Grünen setzten sich (genau wie die PDS, siehe unten) für einen größeren elternunabhängigen Teil des BAföG ein, statt die Studenten und Studentinnen mit Studiengebühren zur Kasse zu bitten, sollen sie eine Art „Gehalt“ bekommen.

Studiengebühren: „Wir wollen nicht, dass durch Studiengebühren eine soziale Selektionswirkung stattfindet. Insbesondere das Studium bis zum ersten Abschluss muss gebührenfrei bleiben.“ (S.53,[5]) Andere Formen wie Langzeitstudiengebühren werden dagegen nicht explizit ausgeschlossen (und sind z.B. unter einer rot-grünen Regierung in NRW geplant).

Studentische Mitbestimmung: „Die verfasste Studierendenschaft als Weg zur Artikulation und Einbringung der studentischen Interessen innerhalb der Hochschule halten wir für wichtig.“ (S.53,[5]) Also ein klares Bekenntnis zur verfassten Studierendenschaft (VS), der Ausdruck „innerhalb der Hochschule“ scheint jedoch eine gewisse Einschränkung bezüglich des politischen Mandats der VS anzudeuten.

Dienstrecht: „Die Novelle des HRG schafft durch die Einführung der Juniorprofessur die Voraussetzung für moderne [...] Hochschulen.“ (S.49f,[5]) Eine Be-

kräftigung der beschlossenen Novelle.

Sonstiges: Die Grünen setzen sich außerdem für einen Wissenschaftstarifvertrag und die verstärkte Einführung von Frauenstudiengängen ein.

PDS (<http://www.sozialisten.de>)



Quellen:

[9] „Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft! Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002“ (<http://www.pds2002.de/positionen/programm/index.htm>)

[10] Auch interessant: Der Abschnitt „Stichworte & Positionen“ auf der pds2002-Seite

Föderalismus: -nichts-

BAföG: Zu einem „sozial gerechten Zugang zu den Hochschulen“ gehört „eine bedarfsdeckende und elternunabhängige Ausbildungsförderung“ (S.16,[9]) Also weg vom Zuschuss für sozial Benachteiligte hin zur Studienfinanzierung für alle.

Studiengebühren: Zum „sozial gerechten Zugang zu den Hochschulen“ gehört außerdem „bundesweit der gesetzliche Ausschluss von Studiengebühren“ (S.16,[9])

Studentische Mitbestimmung: „Hochschulen brauchen paritätische Mitbestimmungsgremien und demokratisch verfasste Studierendenschaften mit Politik- und Meinungsfreiheit.“ (S.16,[9]) Das hört sich nach einem sehr weit gefassten politischen Mandat an.

Dienstrecht: nichts direkt. Die Juniorprofessur wird allerdings im Text so benutzt, als gehöre sie schon zur deutschen Hochschullandschaft.

Sonstiges: Die Einrichtung von Frauenstudiengängen soll gefördert werden. Am PDS-Programm kann man schön erkennen, dass Deutlichkeit und Extremismus des Wahlprogramms, anti-proportional von der Wahrscheinlichkeit, an der Regierung beteiligt zu sein, zusammenhängen.

SPD (<http://www.spd.de>)

Quellen:

[6] „Erneuerung und Zusammenhalt - Wir in Deutschland. Regierungsprogramm 2002-2006“ (<http://regierungsprogramm.spd.de/servlet/PB/menu/1069844/index.html>) etwas knapp

[7] „Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (<http://www.spd.de/servlet/PB/-s/1yvyh3k14x074ds6ag1a1i47zk31w9n7rn/menu/1009375/index.html>) beim Thema Bildungspolitik sehr dürftig

[8] „Regierungsentwurf - Sechstes Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (6. HRGÄndG)“ (http://www.bmbf.de/pub/hrg_aenderungsgesetz_entwurf_6.pdf)

Föderalismus: -nichts-

BAföG: „Mit der BAföG-Reform haben wir wieder mehr Studierenden aus finanzschwachen Familien den Hochschulzugang ermöglicht.“ (S.31,[6]) Leider nichts zu den weiteren Perspektiven.

Studiengebühren: „Deshalb muss der Zugang zu unseren Hochschulen offen und in ganz Deutschland muss Studiengebührenfreiheit bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und für das Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt, bestehen bleiben“ (S.31,[6]) Die exakt gleiche Formulierung findet sich auch in der 6. HRG-Novelle. Natürlich fehlt im Regierungsprogramm der einschränkende Satz „In besonderen Fällen kann das Landesrecht Ausnahmen vorsehen.“ (S.1,[8]), der das Verbot in den Augen vieler praktisch wertlos machen wird.

Studentische Mitbestimmung: „Alle Gruppen an der Hochschule müssen wirksame Mitbestimmungsrechte erhalten.“ (S.32,[7]) Was immer das heißen mag. Die HRG-Novelle ist da deutlicher „An den Hochschulen werden Studierendenschaften gebildet.“ (S.2,[8]) Aus dem folgenden Abschnitt werden aber auch hier Einschränkungen beim politischen Mandat deutlich.

Dienstrecht: „Die konsequente Einführung von Juniorprofessuren wird Nachwuchswissenschaftler frühzeitig an eigenständige Forschungsprojekte heranführen und andererseits das Durchschnittsalter der Erstberufung absenken.“ (S.31,[6]) Alles andere als ein klares Bekenntnis zur Juniorprofessur wäre ja auch seltsam.

Wir hoffen, euch mit diesem Artikel eine kleine Hilfe zu eurer Entscheidungsfindung gegeben zu haben.

(fl)



Wir machen Druck! -ANZEIGE-

Wie Ihr sicher schon alle wisst, gibt es hier an der Uni Karlsruhe eine Druckerei. Jawoll! Eine Druckerei, die speziell für Euch betrieben wird!

Für uns?

Ja sicher. Oder hast Du Dich noch nie gefragt, wer all die ganzen Klausuren, die UStA-Magazine oder die Unifest-Programmhefte gedruckt hat? Du ahnst es sicher schon - genau, das waren wir, genauer, die Druckerei des SSV.

Und wenn ich was zum Drucken habe?

Dann melde Dich einfach beim UStA oder direkt per e-mail beim Druckereibeauftragten: druckerei@usta.de.

Und weil wir eine Druckerei von Studis für Studis sind, sind unsere Preise auch auf den normalen, meist recht schmalen Geldbeutel der Studis zugeschnitten.

Also, vielleicht machen wir auch schon bald für euch Druck!

Apropos, wisst Ihr auch, wo man günstige Fahrzeuge mieten kann...?

Kurz notiert

- Wir machen Druck: Für konkurrenzlose drei Euro gibt es bei uns an der Theke umweltfreundliches Druckerpapier für zu Hause.
- Arbeitskreise: Der Arbeitskreis Menschenrechte und der Arbeitskreis omni haben jetzt offiziell den Status UStA-Arbeitskreis. Wer mitmachen möchte, kann sich auf unserer Homepage informieren. Der Arbeitskreis „Ethik und Moral in der Gesellschaft“ ist auf Probe eingerichtet - wir sind gespannt, wie er sich entwickeln wird.
- Unifest: Wenn Euch das Uni-Sommerfest gefallen hat, oder ihr unsere UStA-Arbeit und die der Fachschaften weiterhin ermöglichen wollt, könnt Ihr bei uns an der Theke eine Beitragsmarke für vier Euro erwerben. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, oder? ;-)
- Thekenöffnungszeiten: In der vorlesungsfreien Zeit (mit Ausnahme der O-Phasen-Woche mit vollen Öffnungszeiten) werden wir die Theke dienstags bis donnerstags von 12 bis 13.30 Uhr besetzt halten: Wir freuen uns auf Euch!
- Stupa-Pause: Das Studierendenparlament legt eine Pause ein, erst im nächsten Semester geht es mit heißen Diskussionen um Druckereien, Goldfische und um Arbeitskreise - hoffentlich konstruktiv - weiter.

Termine

- 18.7. Fakultätsfest Mathematik am Mathebau (wo sonst?), Semesterabschluss Schlonz im AKK.
- 19.-21.7. Das Fest.
- 20.7. Theoretisch könnte hier auf dem Kronenplatz ab 12 Uhr „etwas passieren“. Mal schauen.
- 22.9. Vorstandswahlen der „Deutschland AG“ ...und dann naht mit Riesenschritten schon das nächste Semester!

IMPRESSUM

Das **UStA-Magazin** ist ein Organ der Unabhängigen Studierendenschaft der Universität Karlsruhe. Unaufgefordert eingesandte oder vorbeigebrachte Manuskripte sind gerne willkommen, allerdings kann dafür keine Haftung übernommen werden. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich im UStA oder bei eurer Fachschaft.

Titelbild: Ausschank beim WiWi-Bierstand während des Sommerfestes

Redaktion: Malte Cornils

Artikel geschrieben: ReferentInnen des UStA (durch Kürzel markiert)

Druck: StudierendenServiceVerein SSV
Auflage: 500 („Limited Edition“)

V.i.S.d.P.: Roger Huckle
UStA der Uni Karlsruhe
Adenauerring 7

76131 Karlsruhe

Tel.: 0721/608-8460

email: umag@usta.de

<http://www.usta.de>